



**Postulat von Philip C. Brunner, Monika Barmet, Karen Umbach, Tabea Zimmermann Gibson, Barbara Gysel und Daniel Stadlin**

**betreffend eine grosszügige, neue multifunktionale Infrastruktur für den Zuger Kantonsrat – mit «publikumsattraktiver, öffentlicher Nutzung mit Ausstrahlungskraft»**

(Vorlage Nr. 3320.1 - 16754)

Bericht und Antrag des Regierungsrats  
vom 8. Juli 2025

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Philip C. Brunner, Zug, Monika Barmet, Menzingen, Karen Umbach, Zug, Tabea Zimmermann Gibson, Zug, Barbara Gysel, Zug, und Daniel Stadlin, Zug, haben am 2. November 2021 ein Postulat mit folgendem Antrag eingereicht:

«Der Regierungsrat des Kantons Zug wird eingeladen, einen neuen und multifunktional nutzbaren Kantonsratssaal auf dem Areal des ehemaligen Kantonsspitals zu realisieren – dies als nachhaltige Infrastrukturverbesserung im laufenden Investorenwettbewerbsverfahren. »

Am 25. November 2021 hat der Kantonsrat das Postulat zur Antragstellung an den Regierungsrat überwiesen. Vor dem Hintergrund der damals bereits laufenden Abklärungen für einen neuen Kantonsratssaal wurde die Frist erstreckt. Die vom Regierungsrat am 28. Januar 2025 eingereichte Kantonsratsvorlage betreffend Objektkredit für die Planung der Gesamtinstandsetzungen Neugasse 2 und Regierungsgebäude mit Neubau Kantonsratssaal (Vorlage Nr. 3866.1 - 18008), enthielt auch eine Beantwortung des vorliegenden Postulats (Vorlage Nr. 3320.1 - 16754). Diese Postulats-Beantwortung basierte auf dem entsprechenden Antrag in der Kantonsratsvorlage, einen neuen Kantonsratssaal am Landsgemeindeplatz zu projektieren. Mit Beschluss vom 29. April 2025 hat sich der Grosse Gemeinderat gegen die Abgabe seines für einen neuen Kantonsratssaal benötigten Landstücks an den Kanton entschieden. Dementsprechend hat der Regierungsrat am 27. Mai 2025 die Kantonsratsvorlage betreffend Objektkredit für die Planung der Gesamtinstandsetzungen Neugasse 2 und Regierungsgebäude mit Neubau Kantonsratssaal (Vorlage Nr. 3866.1 - 18008) zurückgezogen und in Aussicht gestellt, das vorliegende Postulat aufgrund der veränderten Ausgangslage separat zu beantworten.

## **1. Ausgangslage**

Das Areal des ehemaligen Kantonsspitals Zug zeichnet sich durch seine zentrale Lage mit attraktivem Seeblick aus. Nach der Ablehnung des ersten Bebauungsplans 2008 durch die Bevölkerung der Stadt Zug wurde ein Mitwirkungsverfahren sowie 2011 ein Studienauftrag gestartet, der die Grundlage für einen neuen Bebauungsplan bilden sollte. Auf der Basis der Überarbeitung des Siegerprojekts aus dem Studienauftrag wurde ein neuer Bebauungsplan erarbeitet, der durch den Grossen Gemeinderat der Stadt Zug 2015 beschlossen und 2016 durch den Regierungsrat des Kantons Zug genehmigt wurde.

Hauptmerkmal des rechtskräftigen Bebauungsplans sind die drei zentralen öffentlichen Baubereiche (B, D1 und D2) im Kernbereich der Parzelle. Durch die Anordnung dieser Baubereiche um die begehbare Seeterrasse soll ein gemischt genutztes Areal mit publikumsattraktiven Nutzungen entstehen, welches die Neubauten mit den bestehenden Strukturen vernetzt und attraktive Aussenräume schafft. Mit dem 2019 öffentlich ausgeschriebenem Ideen- und

Investorenwettbewerb wurde das Ziel verfolgt, ein geeignetes Team aus Investoren, Betreibern und Planern zu finden, das ein konkurrenzfähiges Baurechtsangebot sowie das beste Bebauungskonzept für das Areal vorschlägt. Ende 2021 fand die Schlussjurierung des Wettbewerbs statt und im Mai 2022 erteilte der Regierungsrat den Zuschlag an das Siegerkonzept «Süd-See Zug» unter der Federführung des Investors Credit Suisse Asset Management (Schweiz) AG.

Als Folge des am 2. November 2021 durch die Kantonsratsmitglieder Philip C. Brunner, Zug, Monika Barmet, Menzingen, Karen Umbach, Zug, Tabea Zimmermann Gibson, Zug, Barbara Gysel, Zug, und Daniel Stadlin, Zug, eingereichten Postulats betreffend eine grosszügige, neue multifunktionale Infrastruktur für den Zuger Kantonsrat – mit «publikumsattraktiver, öffentlicher Nutzung mit Ausstrahlungskraft» (Vorlage Nr. 3320.1 - 16754) hat die Baudirektion abgeklärt, ob dieses Anliegen noch in die bereits ausgearbeiteten Konzept-Vorschläge einfließen kann. Hierfür wurde ein approximatives Raumprogramm aufgrund von Vergleichswerten im Umfang von rund 900 m<sup>2</sup> erstellt (inklusive Nebenräume). Eine Eigentumslösung für den Kantonsratssaal ist aus rechtlichen Gründen nur über Stockwerkeigentum möglich. In ihrem Papier zur «Überprüfung der Implementierung des Kantonsratssaals» in das Konzept «Süd-See Zug» hielt das Konzept-Team wie folgt fest: «Eine dauerhafte Abtretung von Flächen für den Kantonsratssaal in Form von Stockwerkeigentum führt dazu, dass für die angedachte Vision nicht ausreichend Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Zudem konkurrenziert sich eine Weitervermietung der Flächen durch den Kanton an Drittnutzer mit dem Angebot unseres Konzepts. Aus diesen Gründen ist ein Verkauf im Stockwerkeigentum nicht mit der Vision vereinbar.» Denkbar sei jedoch, dass dem Kanton Zug die für den Kantonsratssaal und die Nebenräume benötigten Flächen in einem klassischen Mietverhältnis zur Verfügung gestellt werden. Da für das Team «Süd-See Zug» die eigentumsmäßige Abtretung des Kantonsratssaals und der Nebenräume ausgeschlossen war, verblieb nur die Variante «Miete», die im Rahmen der laufenden Machbarkeitsstudie über die Optimierungs- und Erweiterungsmöglichkeiten des Regierungsgebäudes geprüft werden sollte. Vor diesem Hintergrund wurde der Baurechtsvertrag unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Kantonsrat abgeschlossen. Der Kantonsrat hat am 24. November 2022 dem Baurechtsvertrag zugestimmt, der inzwischen rechtskräftig ist. Anschliessend wurde durch die Investorin ein Architekturwettbewerb durchgeführt, dessen Schlussjurierung am 6. Mai 2024 stattfand. Das ausgewählte Architekturprojekt wird aktuell durch die Investorin weiterentwickelt und soll anschliessend – nach erteilter Baubewilligung voraussichtlich ab Ende 2026 – realisiert werden. Eine kürzlich erfolgte Anfrage der Baudirektion bei der Investorin hat ergeben, dass eine temporäre Nutzung des geplanten Mehrzwecksaals sowie weiterer Räume im Projekt «Süd-See Zug» im Sinne einer Miete für die Sitzungen des Kantonsrats denkbar wäre. Da der Kantonsrat aus Sicht des Regierungsrats seinen eigenen Saal haben und sich nicht bei anderen einmieten muss, erachtet er eine Mietlösung als nicht geeignet. Weitere Nutzende des Kantonsratssaals, wie der Grosse Gemeinderat und der Reformierte Kirchgemeinderat, sollen weiterhin Gastrecht geniessen.

## **2. Machbarkeitsstudie über die Optimierungs- und Erweiterungsmöglichkeiten des Regierungsgebäudes sowie einen neuen Kantonsratssaal**

Im Rahmen der Machbarkeitsstudie über die Optimierungs- und Erweiterungsmöglichkeiten des Regierungsgebäudes wurden verschiedene Varianten für den Kantonsratssaal geprüft. Nachdem eine klimatische und technische Sanierung des bestehenden Kantonsratssaals die beschränkten Platzverhältnisse nicht verbessert hätte, wurden verschiedene Möglichkeiten näher angeschaut, um zusätzlichen Platz für den Politikbetrieb zu schaffen: Aufstockung des Regierungsgebäudes, Vergrösserung des bestehenden Kantonsratssaals, unterirdischer Erweiterungsbau oder Ausbau des Dachgeschosses. Diese Vorschläge wurden auch mit der kantonalen Denkmalpflege diskutiert. Da diese Vorschläge mehr oder weniger einschneidende Auswirkungen auf die Gebäudestruktur, das äussere Erscheinungsbild oder die Umgebung gehabt

hätten, wurden diese von der kantonalen Denkmalpflege abgelehnt. Sie überzeugten auch aus betrieblicher Sicht nicht vollends, so dass der Regierungsrat anschliessend den Auftrag zur Prüfung eines Neubaus an repräsentativer und zentraler Lage in der Stadt Zug erteilte. Ein breit abgestütztes Gremium mit kantonalen und städtischen Vertretern aus Politik, Planung sowie Denkmalpflege begleitete die Standortevaluation für einen neuen Kantonsratssaal. Für den Neubau des Kantonsratssaals wurden im Rahmen einer städtebaulichen Gesamtbetrachtung zwölf Standortvarianten geprüft. Diese umfassten verschiedene Anordnungen entlang der Seepromenade sowie Varianten für An- oder Aufbauten am Regierungsgebäude. Aus diesem Spektrum wurden die fünf besten Lösungsansätze einer vertieften Abklärung unterzogen. Die Variante «Erweiterung Süd» schnitt mit Abstand am besten ab.

Nachdem sich die Regierung Ende Dezember 2022 für den von der strategischen Begleitgruppe empfohlenen Standort südlich des Regierungsgebäudes ausgesprochen hatte, erklärte sich im Sommer 2023 auch der Stadtrat grundsätzlich damit einverstanden. Auf dieser Basis wurde anschliessend die Kantonsratsvorlage betreffend Objektkredit für die Planung der Gesamtinstandsetzungen Neugasse 2 und Regierungsgebäude mit Neubau Kantonsratssaal (Vorlage Nr. 3866.1 - 18008) erstellt.

### **3. Haltung des Regierungsrats**

Der Regierungsrat nimmt zur Kenntnis, dass aufgrund des negativen Entscheids des Grossen Gemeinderats zum Landgeschäft ein Neubau des Kantonsratssaals neben dem Regierungsgebäude nicht möglich ist. Weiter nimmt er die Bedenken der Zuger Bevölkerung ernst, dass diese in einem solchen Neubau trotz einem entsprechenden Verpflegungsangebot im Erdgeschoss und einer aufgewerteten Umgebungsgestaltung ein zu wenig klarer Mehrwert erkannt hat. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Neubauprojekt, da an zentraler Lage in der Stadt Zug keine geeigneten Grundstücke verfügbar sind. Vor diesem Hintergrund werden die notwendigen Sanierungsprojekte des Regierungsgebäudes und des Verwaltungsgebäudes an der Neugasse 2 weiterverfolgt. Es soll eine neue Kantonsratsvorlage für einen Projektierungskredit für die Gesamtinstandsetzung des Regierungsgebäudes (inklusive bestehendem Kantonsratssaal) und des Verwaltungsgebäudes Neugasse 2 vorgelegt werden. Die im Postulat von Philip C. Brunner, Monika Barmet, Karen Umbach, Tabea Zimmermann Gibson, Barbara Gysel und Daniel Stadlin betreffend eine grosszügige, neue multifunktionale Infrastruktur für den Zuger Kantonsrat – mit «publikumsattraktiver, öffentlicher Nutzung mit Ausstrahlungskraft» (Vorlage Nr. 3320.1 - 16754) bemängelten Unzulänglichkeiten des bestehenden Kantonsratssaals sollen im Rahmen der Instandsetzungsarbeiten soweit verbessert werden, dass zeitgemässe Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung der gegebenen räumlichen Umstände für den Politikbetrieb geschaffen werden können.

### **4. Antrag**

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen:

Das Postulat von Philip C. Brunner, Monika Barmet, Karen Umbach, Tabea Zimmermann Gibson, Barbara Gysel und Daniel Stadlin betreffend eine grosszügige, neue multifunktionale Infrastruktur für den Zuger Kantonsrat – mit «publikumsattraktiver, öffentlicher Nutzung mit Ausstrahlungskraft» (Vorlage Nr. 3320.1 - 16754) sei wie folgt teilerheblich zu erklären:

1. Erheblicherklärung hinsichtlich, dass der Regierungsrat beauftragt wird, im Rahmen der Gesamtinstandsetzung des Regierungsgebäudes eine nachhaltige Verbesserung der bestehenden Infrastruktur des Kantonsratssaals und der dazugehörigen Räume zu prüfen;
2. Nichterheblicherklärung in Bezug auf das formulierte Anliegen im Postulat, einen neuen Kantonsratssaal auf dem Areal des ehemaligen Kantonsspitals zu realisieren.

Zug, 8. Juli 2025

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Andreas Hostettler

Die stv. Landschreiberin: Renée Spillmann Siegwart